

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	21
Teil 1 Die Struktur der Konventions- und Gemeinschaftsgrundrechte	24
<i>1. Kapitel: Die Struktur der Konventionsgrundrechte</i>	24
§ 1: Der Schutzbereich der Konventionsgrundrechte	25
I. Der sachliche Schutzbereich der Konventionsgrundrechte	25
1. Die von der EMRK geschützten Menschenrechte und Grundfreiheiten	26
2. Kein vollendetes System von Grundrechten	26
3. Die Weite des Schutzbereichs der Konventionsgrundrechte	26
4. Eine Hierarchie der Konventionsgrundrechte?	27
II. Der personale Schutzbereich der Konventionsgrundrechte	30
1. Natürliche Personen	30
a) Art. 1 EMRK als Ausgangspunkt für die Bestimmung des personalen Schutzbereiches	30
b) Einschränkungen der Konventionsgewährleistungen für Ausländer	32
c) Die Frage der Geltung der Konvention für Personen in Sonderstatusverhältnissen	34
2. Personenmehrheiten	37
a) Die Konventionsrechtsfähigkeit juristischer Personen des Privatrechts	37
aa) Die geschützten Personengruppen	37
bb) Die anwendbaren Grundrechte	38
b) Fehlende Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts	39
III. Strukturen der Schutzgewährungen der EMRK	40
§ 2: Der Eingriff in den Schutzbereich der Konventionsgrundrechte	42
I. Der Eingriffsbegriß der EMRK	42
II. Erweiterungen des Eingriffsbegrißs	44
1. Ausdehnung des Begriffs auf abstrakte Eingriffsmaßnahmen	45
2. Ausweitung des Begriffs auf Realakte	45
3. Mittelbare Grundrechtsbeeinträchtigungen	47
a) Drittbeeinträchtigungen	48

b)	Fremdbeeinträchtigungen	49
4.	Eingriff durch Unterlassen	53
5.	Das „völkerrechtliche Dauerdelikt“ als Grundrechtseingriff	54
III.	Das Eingriffsverständnis der EMRK: Resümee	55
§ 3:	Die Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	56
I.	Das Schrankensystem der EMRK im Überblick	57
1.	Unmittelbare Schranken	57
2.	Gesetzesvorbehalte	57
3.	Kategorisierung der Konventionsgrundrechte im Hinblick auf ihre Einschränkbarkeit	58
4.	Perspektiven für den Rechtsvergleich	59
II.	Der Gesetzesbegriff der EMRK	60
1.	Das Erfordernis einer inländischen Rechtsvorschrift	61
2.	Anforderungen an das nationale Gesetz	62
a)	Übereinstimmung mit dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit	62
b)	Zugänglichkeit und hinreichende Bestimmtheit des Gesetzes	62
c)	Die demokratische Legitimation des Rechtsaktes	64
III.	Die Schrankenvorbehalte in den Absätzen 2 der Art. 8 bis 11 EMRK	65
1.	Die Zweckbindung durch Konstitutionalisierung eingeschränkender Rechtsgüter	66
a)	Die Verfolgung eines legitimen Zwecks	66
b)	Kritik an der Weite dieser Schrankenbestimmungen	66
2.	Die Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft	68
a)	Die Notwendigkeit der Beschränkung	69
b)	Das Leitbild der demokratischen Gesellschaft	70
c)	Indizien zur Bestimmung der Notwendigkeit in einer demokratischen Gesellschaft	73
3.	Die Doktrin von der margin of appreciation	74
a)	Die Doktrin von der margin of appreciation als Ausdruck eines judicial self-restraint	77
b)	Die margin of appreciation als Grenze der Kompetenz des EGMR	79
c)	Die materiell-rechtliche Bedeutung der margin of appreciation	80
d)	Kritik an der Lehre von der margin of appreciation	81
IV.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Wesensgehaltsvorstellungen im Recht der EMRK	83
1.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Recht der EMRK	83
a)	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Begrenzung der margin of appreciation	83
b)	Die Abwägung im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung	84
c)	Abwägung durch die Straßburger Organe	85

d)	Die in die Abwägung einzustellenden öffentlichen Interessen	85
2.	Wesensgehaltsvorstellungen im Recht der EMRK	85
a)	Bezüge zu einer Wesensgehaltsvorstellung in Einzelbestimmungen der EMRK	86
b)	Die „demokratische Gesellschaft“ als Substanzgarantie für die Konventionsgrundrechte	86
V.	Das Diskriminierungsverbot gem. Art. 14 EMRK	88
1.	Der Anwendungsbereich des Diskriminierungsverbots	88
2.	Diskriminierungen i.S. des Art. 14 EMRK	88
3.	Die margin of appreciation im Rahmen von Art. 14 EMRK und der anzuwendende Vergleichsmaßstab	90
VI.	Die Lehre von den immanenten Schranken	91
VII.	Besondere Gefährdungslagen und spezielle Situationen (Art. 15 - 18 EMRK)	93
1.	Die Notstandsklausel (Art. 15 EMRK)	93
2.	Das Ausländerrecht (Art. 16 EMRK)	96
3.	Das Missbrauchsverbot (Art. 17 EMRK)	96
4.	Die Begrenzung der Rechtseinschränkungen (Art. 18 EMRK)	98
VIII.	Der Vorbehalt nach Art. 57 EMRK als landesrechtliche Schranke	99
§ 4:	Die Strukturprinzipien der EMRK: Zusammenfassung	99
I.	Extensive Interpretation der Grundrechtsschutzbereiche	99
II.	Weites Verständnis des Eingriffsbegriiffs	100
III.	Differenziertes Schrankensystem	101
1.	Anwendung eines funktionalen Schrankenbegriffs	101
2.	Die Notwendigkeit einer Maßnahme als maßgebliches Differenzierungskriterium	101
3.	Einräumung einer mitgliedstaatlichen margin of appreciation als wichtigstes Steuerungselement	101
4.	Abwägung der widerstreitenden Interessen am Maßstab des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	102
2. Kapitel:	<i>Die Struktur der Gemeinschaftsgrundrechte</i>	103
§ 1:	Ausgangslage und dogmatische Vorgaben für die Entwicklung einer allgemeinen Grundrechtslehre der Gemeinschaftsgrundrechte	103
I.	Fehlender Grundrechtskatalog in den Gemeinschaftsverträgen	104
II.	Die Entwicklung der Gemeinschaftsgrundrechte als allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts auf der Grundlage von Art. 220 EG	105
III.	Art. 6 Abs. 2 EUV als Rechtsquelle der Gemeinschaftsgrundrechte	107

IV.	Die Europäische Menschenrechtskonvention und die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als Rechtserkenntnis-Quellen	108
§ 2:	Der Schutzbereich der Gemeinschaftsgrundrechte	112
I.	Der sachliche Schutzbereich der Gemeinschaftsgrundrechte	112
1.	Schwierigkeiten und Vorgehensweise des EuGH bei der Bestimmung und Abgrenzung der Gemeinschaftsgrundrechte	113
2.	Die in der Rechtsprechung des EuGH anerkannten Gemeinschaftsgrundrechte	115
3.	Die Bestimmung der Schutzbereiche der jeweiligen Grundrechte	117
4.	Die EMRK als Bezugspunkt für die Ermittlung von Gemeinschaftsgrundrechten	120
5.	Insbesondere die Gewährleistung der allgemeinen Handlungsfreiheit im Gemeinschaftsrecht	121
6.	Insbesondere die Entwicklung eines allgemeinen Gleichheitssatzes aus den Diskriminierungsverboten des EG-Vertrages	122
7.	Die Abgrenzung der Gemeinschaftsgrundrechte von den Grundfreiheiten des Primärrechts	123
II.	Der personale Schutzbereich der Gemeinschaftsgrundrechte	125
1.	Natürliche Personen	125
a)	Die Unionsbürger als Träger der Gemeinschaftsgrundrechte	125
b)	Die Erweiterung des Kreises der Grundrechtsträger auf EU-Ausländer	125
c)	Vergleich mit der Konventionsdogmatik	125
2.	Personenmehrheiten	126
§ 3:	Der Eingriff in den Schutzbereich der Gemeinschaftsgrundrechte	127
I.	Der Eingriffsbegriiff in der Grundrechtsrechtsprechung des EuGH	127
II.	Grundrechtsbetroffenheit bei nur mittelbar wirkenden Maßnahmen	128
III.	Nutzbarmachung der EMRK-Dogmatik	128
§ 4:	Die Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	128
I.	Das Schrankensystem in der Grundrechtsjudikatur des EuGH im Überblick	129
II.	Die Bedeutung der Erkenntnisquellen für die Ermittlung der Schranken	130
1.	Die Bedeutung der EMRK für die Ermittlung der Schranken	130
2.	Die Bedeutung der nationalen Schrankenbestimmungen	131

III.	Der Gesetzesvorbehalt im Gemeinschaftsrecht	132
IV.	Das Einfügen in „Struktur und Ziele der Gemeinschaft“ als gemeinschaftsspezifische Schranke	133
V.	Die Wesensgehaltsgarantie im Recht der Europäischen Union	135
1.	Die Wesensgehaltsgarantie als Bestandteil der Grundrechtsjudikatur des EuGH	135
a)	Ansatzpunkte für eine „absolute“ Betrachtungsweise der Wesensgehaltsgarantie	135
b)	„Relative“ Bestimmung des Wesensgehalts der Gemeinschaftsgrundrechte	136
2.	Anhaltspunkte aus der Judikatur zu den Grundfreiheiten	136
3.	Bewertung der Wesensgehaltsgarantie des EuGH	137
VI.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der Grundrechtsjudikatur des EuGH	138
VII.	Bewertung der Schrankensystematik in der Grundrechtsrechtsprechung des EuGH	143
<i>3. Kapitel:</i>	<i>Überwindung der Schwächen durch Übertragung der aus der Konventionsdogmatik gewonnenen Erkenntnisse</i>	145
§ 1:	Die Schutzbereichsbestimmung durch EuGH und EGMR	145
I.	Die Vorgehensweise des EuGH	145
II.	Die Vorgehensweise des EGMR	146
III.	Synthese: Nutzbarmachung der Schutzbereichsbestimmung durch den EuGH für den gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsschutz	146
§ 2:	Die Beschränkung der Grundrechte durch EuGH und EGMR	147
I.	Die Vorgehensweise des EuGH	147
II.	Die Vorgehensweise des EGMR	147
III.	Synthese: Möglichkeiten der Nutzbarmachung des Schrankensystems der EMRK auf der Ebene des Gemeinschaftsrechts	148
Teil 2	Die Funktionen der Grundrechte	149
<i>1. Kapitel:</i>	<i>Die Wirkungen und Dimensionen der Konventionsgrundrechte</i>	150
§ 1:	Die Konventionsgrundrechte als Abwehrrechte	150
§ 2:	Die objektiv-rechtlichen Dimensionen der Konventionsgrundrechte	151
I.	Die Begründung positiver Handlungspflichten der Staaten	151
1.	Die „Achtung“ des Privat- und Familienlebens als Begründung einer positiven Handlungspflicht des Staates	152

2.	Die Ausdehnung der Rechtsprechung zu den positiven Handlungspflichten auf andere Freiheitsrechte	153
II.	Die Konventionsgrundrechte als Grundlage einer objektiven Schutzpflicht des Mitgliedstaates	153
1.	Art. 1 EMRK als allgemeine Gewährleistungspflicht?	155
2.	Zurechnung kraft innerstaatlicher Rechtsetzung	155
a)	Die rechtliche Verpflichtung zur Duldung von Eingriffen Dritter als staatliche Freiheitseinschränkung	156
b)	Die Pflicht zum Verbot von Eingriffen Dritter	156
3.	Auf welche Rechte und Freiheiten bezieht sich die Schutzpflicht?	157
4.	Pflicht zum Schutz vor „Menschenrechtsgefährdungen“?	158
5.	Sekundäre Schutzpflichten	158
III.	Die so genannte Drittirkung der Konventionsgrundrechte	159
1.	Ansatzpunkte für eine Drittirkung der Konventionsgrundrechte	159
2.	Argumente gegen die Annahme einer Drittirkung der Konventionsgrundrechte	160
3.	Umgehung der Drittirkungsfrage durch die Behauptung staatlicher Schutzpflichten durch die Straßburger Organe	161
4.	Abstellen auf den materiellen Schutzgehalt der einschlägigen Grundrechtsgarantie	162
IV.	Grundrechtsschutz durch Organisation und Verfahren	162
1.	Die Auslegung und Anwendung expliziter Verfahrensgarantien	162
2.	Die Begründung von Verfahrensanforderungen unmittelbar aus materiellen Grundrechten	164
V.	Ansätze institutionellen Denkens im Recht der EMRK	164
1.	Institutionelle Garantien im weiten Sinne	165
2.	Institutionelle Garantien im engeren Sinne	165
VI.	Soziale Grundrechte und „Rechte der dritten Generation“	165
1.	Subjektive Ansprüche auf staatliche Leistungen im Recht der EMRK?	166
2.	Abgrenzung zwischen EMRK und Europäischer Sozialcharta	166
a)	Die Trennung der Anwendungsbereiche von EMRK und ESC	166
b)	Notwendige Verflechtungen von EMRK und ESC	166
c)	Umdeutung klassischer Grundrechte in Teilhaberechte?	167
3.	Die Forderung nach Verankerung „moderner“ Grundrechte in der EMRK	167
<i>2. Kapitel:</i>	<i>Die Wirkungen und Dimensionen der Gemeinschaftsgrundrechte</i>	168
§ 1:	Die Gemeinschaftsgrundrechte als Abwehrrechte	168
§ 2:	Die objektiv-rechtlichen Dimensionen der Gemeinschaftsgrundrechte	169

I.	Die Gemeinschaftsgrundrechte als Grundlage einer objektiven Wert-Ordnung	169
II.	Entwicklung einer gemeinschaftsrechtlichen objektiven Schutzpflicht unter Zugrundelegung der Dogmatik zu den Konventionsgrundrechten	171
III.	Die so genannte Drittewirkung der Gemeinschaftsgrundrechte	172
1.	Unmittelbare Drittewirkung des vertraglichen Diskriminierungsverbotes gem. Art. 141 EG	172
2.	Zur Frage der Drittewirkung der Grundfreiheiten	173
3.	Zur Drittewirkung der Gemeinschaftsgrundrechte	173
IV.	Grundrechtsschutz durch Organisation und Verfahren	174
V.	Gemeinschaftsgrundrechte und institutionelle Garantien	174
VI.	Die Gemeinschaftsgrundrechte als Teilhaberechte und soziale Grundrechte	175
§ 3:	Vergleichende Würdigung der Ergebnisse zu den Grundrechtsfunktionen	176
Teil 3: Allgemeine Fragen der Dogmatik von Konventions- und Gemeinschaftsgrundrechten		178
1. Kapitel:	<i>Allgemeine Lehren im Grundrechtsverständnis nach der EMRK</i>	178
§ 1:	Die Auslegung der Konventionsgrundrechte	178
I.	Methoden der Auslegung mit Blick auf die Besonderheiten eines Verfassungs- bzw. Konventionstextes	178
1.	Die Konventionsgarantien als Rahmenordnung	178
2.	Die Prinzipien der Verfassungsinterpretation in der Rechtsprechung des EGMR	179
3.	Die Grenzen der Auslegung	180
II.	Das Völkerrecht als Ausgangspunkt für die Interpretation	180
1.	Die allgemein anerkannten Grundsätze der Auslegung völkerrechtlicher Verträge	180
2.	Die Anwendung des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge	181
3.	Die Abweichungen von den Grundsätzen der Auslegung völkerrechtlicher Verträge	181
III.	Die Interpretation der Konvention unter Berücksichtigung ihres besonderen Charakters als Vertrag zur kollektiven Durchsetzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten	182
1.	Die Rechtsnatur der EMRK	
2.	Konsequenzen für die Auslegung	182
IV.	Der Grundsatz der autonomen Auslegung der Rechtsbegriffe der EMRK bei gleichzeitiger Berücksichtigung der nationalen und internationalen Rechtspraxis	183

1.	Grundsätzlich autonome Auslegung der Rechtsbegriffe der EMRK	183
2.	Die Funktion der autonomen Auslegung	184
3.	Die Grenzen der autonomen Auslegung	184
a)	Die Relativität der „autonomen“ Begriffe	184
b)	Der Renvoi auf das nationale Recht	184
c)	Die Rechtsvergleichung als ergänzendes Erkenntnis- mittel bei der Auslegung der Konvention	185
V.	Die evolutive Interpretation der Konventionsgrundrechte	185
1.	Die Methode der evolutiven Auslegung	185
2.	Die Funktion der evolutiven Auslegung	187
3.	Die rechtlichen Grundlagen der evolutiven Interpretation	187
4.	Kriterien der evolutiven Interpretation	188
a)	Rückgriff auf die gemeinsamen gesellschaftlichen Werte	188
b)	Die Suche nach einem quasi empirischen Beweis für die Evolution	190
5.	Die Grenzen der evolutiven Auslegung	191
a)	Keine Schaffung neuer Rechte und Freiheiten	191
b)	Grundsatz der Einheit der Konvention und „substantive intent“ eines Grundrechts	192
c)	Grundsatz der Rechtssicherheit und der Vorhersehbarkeit des Gesetzes als Grenze der Auslegung	192
§ 2:	Die Adressaten der Konventionsgrundrechte	193
§ 3:	Grundrechtskollision und Grundrechtskonkurrenzen	193
I.	Das Verhältnis der Konventionsgrundrechte zueinander	193
II.	Das Verhältnis der Konventionsrechte zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten im Bereich des Menschenrechts- schutzes	194
1.	Die Meistbegünstigungsklausel gem. Art. 53 EMRK	194
2.	Der Renvoi auf die sonstigen allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts	195
3.	Die Harmonisierung der Rechtsprechung auf internationaler Ebene	195
2. Kapitel:	<i>Allgemeine Lehren im Grundrechtsverständnis des europäischen Gemeinschaftsrechts</i>	196
§ 1:	Methoden der Rechtsgewinnung, Rechtsvergleichung und Auslegung des Gemeinschaftsrechts im Lichte der Gemeinschaftsgrundrechte	196
I.	Die Methode der wertenden Rechtsvergleichung	196
1.	Weder Realisierung eines Maximal- noch eines Minimalstan- dards an Grundrechtsschutz in der Europäischen Gemeinschaft	197

2.	Einpassung der innerstaatlichen Bestimmungen und Einschränkungsmöglichkeiten in das Gemeinschaftsrecht durch Berücksichtigung europäischer Belange	197
3.	Kritik: Geringe Methodentransparenz	198
II.	Die Auslegung des Gemeinschaftsrechts im Lichte der Grundrechte	198
§ 2:	Die Adressaten der Gemeinschaftsgrundrechte	199
I.	Die Bindung der Gemeinschaftsorgane an die Grundrechte	199
II.	Die Bindung der Mitgliedstaaten an die Gemeinschaftsgrundrechte	200
1.	Grundsatz: Überprüfung mitgliedstaatlicher Maßnahmen allein am Maßstab nationaler Grundrechte	200
2.	Ausweitung des gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsschutzes auf nationale Maßnahmen	201
a)	Die Entwicklung der Rechtsprechung zur Frage der Bindung der Mitgliedstaaten an die Gemeinschaftsgrundrechte	201
b)	Systematisierung nach Fallgruppen	203
3.	Beispiele für mögliche Konfliktsituationen	206
§ 3:	Grundrechtskollisionen und Grundrechtskonkurrenzen	207
I.	Kollisionen und Konkurrenzen zwischen Grundfreiheiten und Gemeinschaftsgrundrechten	207
1.	Kollisionen zwischen Grundfreiheiten und Gemeinschaftsgrundrechten	207
2.	Konkurrenz zwischen Grundfreiheiten und Gemeinschaftsgrundrechten	207
II.	Das Verhältnis von Freiheitsgrundrechten und dem Diskrimierungsverbot gem. Art. 34 Abs. 2 UAbs. 3 EG	208
III.	Das Verhältnis der Gemeinschaftsgrundrechte zueinander	208
§ 4:	Vergleichende Würdigung der Ergebnisse zu den ausgewählten Aspekten der allgemeinen Grundrechtslehren	209
Teil 4:	Das Verhältnis der Vertragssysteme in der Straßburger und Luxemburger Grundrechtsrechtsprechung	211
<i>1. Kapitel:</i>	<i>Die EMRK in der Rechtsprechung des EuGH</i>	212
§ 1:	Zur mittelbaren oder unmittelbaren Anwendung der EMRK im Gemeinschaftsrecht	212
§ 2:	Divergenzen in der Rechtsprechung des EuGH und des EGMR im Bereich der Grundrechte	214

I.	Fälle materieller Divergenzen in der Rechtsprechung von EuGH und EGMR	214
II.	Die Vorgehensweise der Generalanwälte beim EuGH	220
III.	Konkurrenz- oder Kooperationsverhältnis zwischen EuGH und EGMR?	221
§ 3:	Die Forderung nach einem Beitritt der Gemeinschaft zur EMRK	222
I.	Das Gutachten 2/94 des EuGH zum Beitritt zur EMRK	223
II.	Erforderliche Änderungen der EMRK	224
III.	Geäußerte Bedenken gegen den Beitritt	225
<i>2. Kapitel:</i>	<i>Die konventionsrechtliche Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften für unmittelbare Rechtsakte der EG</i>	227
§ 1:	Die Spruchpraxis der EKMR zur (Un-)Zulässigkeit gegen die Gemeinschaft selbst bzw. gegen deren Mitgliedstaaten gerichteter Beschwerden	227
§ 2:	Die Spruchpraxis des EGMR	228
I.	Das Urteil <i>Cantoni</i> (1996)	228
II.	Das Urteil <i>Matthews</i> (1999)	229
§ 3:	Perspektiven einer künftigen Ausgestaltung des Kooperationsverhältnisses zwischen EuGH und EGMR	232
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse		233
Literaturverzeichnis		241